

Vorlage der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats



Stadtverwaltung
WALLDORF

Walldorf, 25.04.2024/hl

Nummer GR 54/2024	Verfasser Jurek Dudler EBG Steinmann	Az. des Betreffs 004.11; 048.0	Vorgänge FA-Vorl. 34/2021 GR 16.04.2024
-----------------------------	---	--	--

TOP-Nr.: 3

BETREFF

Antrag der CDU-Fraktion zum Stand der Digitalisierung in der Stadtverwaltung Walldorf

HAUSHALTSAUSWIRKUNGEN

HINZUZIEHUNG EXTERNER

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Gemeinderat beschließt, entsprechend des Antrags der CDU-Fraktion (eingegangen am 13. März 2024), die Erarbeitung eines Berichtes zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen unter Berücksichtigung der im Antrag unter Nummer 1 bis 5 gestellten Fragestellungen.

SACHVERHALT

Die CDU-Fraktion hat mit dem am 13. März 2024 eingegangenen Schreiben den Antrag gestellt, einen Bericht zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen vorzulegen, um als Ausgangspunkt für eine Ist-Analyse und eine Debatte über das künftige Angebot an digitalen Leistungen Grundlage zu sein. Zugleich stellt die CDU-Fraktion folgende



Fragen:

1. Welche Verwaltungsleistungen sind im Hinblick auf die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes bereits digitalisiert?
2. Welche Verwaltungsleistungen müssen im Hinblick auf die Umsetzung noch digitalisiert werden und welcher Zeitrahmen ist dafür vorgesehen?
3. Inwieweit kooperiert Walldorf diesbezüglich mit Nachbarkommunen oder dem RNK?
4. Hat Walldorf die Förderung für die Qualifizierung von Digitallotsen beantragt?
5. Wie weit ist die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2021?

Begründung

Die CDU-Fraktion begründet ihren Antrag dahingehend, dass die Digitalisierung von Kommunalverwaltungen kein Selbstzweck, sondern eher Mittel zum Zweck sei, um Verwaltungen moderner, flexibler aber zugleich auch effizienter werden zu lassen, ohne den direkten Draht zur Bevölkerung einzubüßen. Weiter verweist die CDU-Fraktion darauf, dass sowohl das Online-Zugangsgesetz, als auch die entsprechenden Richtlinien die öffentlichen Verwaltungen zum Handeln anleiten. Darüber hinaus habe die Debatte zur Einrichtung eines Online-Schadensmelders Anlass gegeben, die digitale Strategie der Verwaltung fraktionsintern zu diskutieren.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung entspricht gerne dem CDU-Fraktionsantrag, einen Bericht unter Beantwortung der im Antrag genannten Fragen zum Stand der Digitalisierung vorzulegen. Der CDU-Fraktion und auch dem Gemeinderat sind bekannt, dass die Verwaltung sehr frühzeitig einen eigenen Fachdienst mit dem Aufgabengebiet „Digitalisierung“ innerhalb des Organigramms gebildet hat, der zwischenzeitlich wieder im Fachdienst „EDV und Digitalisierung“ unter der Leitung von Herrn Jurek Dudler zusammengeführt ist.

Ohne dem zu erarbeitenden Bericht vorgreifen zu wollen, kann man bereits heute deutlich machen, dass sich die Walldorfer Verwaltung sehr umfassend und sehr frühzeitig dem Thema der „Digitalisierung“ gestellt hat. Denn der Verwaltung ist bewusst, dass Digitalisierung zwischenzeitlich umfassend in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft relevant ist. Sie reicht bei uns hinein in die Verwaltung und die Schulen, in die Kindergärten und Außenstellen, bis hinein in den Freizeitbereich, in den Einzelhandel und in das Einkaufen. Was die originäre Verwaltung betrifft, kann man die Thematik in folgende Bereiche gliedern:

- Digitale Verwaltungsarbeit (mobiles Arbeiten, Zeiterfassung, Intranet, Dokumenten-Managementsystem);
- Digitaler Bürgerservice (Service-BW, Online Zugangsgesetz, Formularservice, Info Apps, Geoportal);
- Smart City (LoRaWAN, Winterdienst, Breitbandausbau, Walldorf-City-Net);
- Bildung und Kultur (Bücherei, Endgeräte, Schulen);
- Cyber- und Informationssicherheit (Datenschutz, Penetrationstests, IT-Grundschutz, IT-Strategie).

Empfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat bereits mit dem beigefügten Aktenvermerk vom 09.11.2021 im Rahmen der FA-Vorlage 34/2021 sehr umfassend zur Digitalisierung in der Verwaltung Stellung bezogen. Der Bericht ist in der Anlage beigefügt und wurde damals in der Sitzung des Finanzausschusses am 19.11.2021 diskutiert. Vor diesem Hintergrund unterstützt die Verwaltung den Antrag der CDU-Fraktion gerne und wird - soweit sich der Gemeinderat dem Antrag ebenfalls anschließen kann - in der nächsten Sitzung des Gemeinderats Mitte Juni 2024 einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Matthias Renschler
Bürgermeister

Anlagen